

Medienmitteilung 13 / 2016

Thema	Planungsleiche Ost Aargauer Strassen Entwicklung (OASE) sowie Vernehmlassung Mobilitätsstrategie
Rückfragen	Gian von Planta (E-Mail: gian@planta.org ; Tel. 079 770 61 33) Barbara Portmann (E-Mail: barbara.portmann@grunliberale.ch ; Tel. 079 716 68 35)
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	24.06.2016

Die grünliberale Partei des Kantons Aargau hat sich intensiv mit der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Mobilitätsstrategie sowie den Richtplaneinträgen auseinandergesetzt. Die glp kommt zum Schluss, dass sowohl die Zielsetzungen von OASE als auch die vorgeschlagenen Lösungen einer modernen Verkehrsplanung nicht genügen. Kommt dazu, dass die erwarteten Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen und die Finanzierung mehr als nur fraglich ist. Die Mobilitätsstrategie geht im Grundsatz in die richtige Richtung, sie sollte aber konsequenter formuliert werden. Aus Erfahrung zeigt sich, dass viele Strategien Papiertiger bleiben. Auch hier besteht die Befürchtung, dass wenig davon sich faktisch bemerkbar machen wird.

Die Zielsetzung von OASE ist falsch. Die OASE geht von einer starken Autoverkehrszunahme aus. Zum Beispiel von 18'000 Fahrten an der Landstrasse in Wettingen auf 27'000 Fahrten (plus 50%). Anstelle des Versuches, diesen Mehrverkehr mit neuen Strassen zu bewältigen, muss das Ziel sein, diesen Autoverkehr gar nicht erst entstehen zu lassen. Dazu braucht es eine überregionale Siedlungspolitik, welche die lokalen Zentren fördert, die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs (zum Beispiel das Tram Baden) und das Schaffen von möglichst optimalen Bedingungen für den Fuss- und Veloverkehr.

Die OASE möchte die Zentren entlasten, fördert aber durch zusätzliche Strassen nur die Zersiedelung im unteren Aaretal. Im Richtplanbericht auf Seite 5 wird festgehalten dass in Baden der überwiegende Teil des Verkehrsaufkommens in und um Baden durch Ziel-Quellverkehr verursacht wird. Umfahrungen wie der Martinsbergtunnel helfen da also wenig.

Die Finanzierung der beiden Tunnels mit Kosten von bis zu 1.4 Milliarden ist ungeklärt. Es ist klar, dass dies ohne Steuererhöhungen oder ein Erhöhung der Verkehrsabgaben nicht machbar ist. Offen ist auch, weshalb sich betroffene Gemeinden an der Finanzierung beteiligen sollen, wenn sie nur wenig von der Umfahrung profitieren oder wegen der Umfahrungen sogar unter Mehrverkehr leiden würden (e.g. Baden oder Ober- und Untersiggenthal).

Mit OASE plant der Regierungsrat leider immer noch wie vor 40 Jahren. Das ist schade, denn heute geht es nicht mehr darum, weiter Strassen zu bauen um den Autoverkehr zu fördern und damit auch die Zersiedelung, sondern darum, den Verkehr über eine vorausschauende Siedlungspolitik und die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs so effizient und emissionsarm wie möglich zu gestalten. Dies würde auch den Zielen sämtlicher übergeordneter Gesetze deutlich besser entsprechen als der vorliegende Vorschlag.

Die glp würde sich freuen, wenn sich der Regierungsrat bei seiner Planung mehr an St. Gallen orientieren würde. Die Stadt St. Gallen plant eine komplett neue Tramlinie und das mit weniger Geld, als der Regierungsrat alleine für den Martinsbergtunnel ausgeben will.

Gian von Planta